

Polizei kennt kein Sommerloch – wäre schön, wenn wir eines hätten! Neuer LPP und neue Polizeipräsidenten wurden in Ämter eingeführt

Während im Landtag in Wiesbaden die Sommerpause läuft, kennt der Polizeialltag keine Pause. Längst haben sich die großen Feste, allen voran der Hessestag in Bad Vilbel, nacheinander abgelöst. Mit hohem polizeilichem Aufwand. Aber der Reihe nach.

Strahlende Gesichter bei Vereidigung – Grundwerte der Demokratie sind unumstößlich!

Der Hessestag in Bad Vilbel zog nahezu eine Million Besucher an. Für knapp 650 angehende Kolleginnen und Kollegen stand die Vereidigung im Mittelpunkt des Hessestags. Unsere Kolleginnen und Kollegen gehören den Einstellungsjahrgängen Februar und September 2024 an und befinden sich seit etwa einem Jahr im Studium an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS). Es musste mal wieder „Plan B“ aufgrund der Wetterlage her. Regen und Unwetter sind eben keine Option. Wermutstropfen für die über tausend mit angereisten Angehörigen: Nicht alle fanden in der modernsten Stadthalle Hessens einen Platz während der feierlichen Zeremonie. Das Landespolizeiorchester überzeugte mit zackigen Märschen und Ausflügen in die Musik längst vergangener Kriminalserien! Ministerpräsident Boris Rhein, der die Festansprache hielt, versuchte, die Bedeutung und Verantwortung des Landes Hessen in den Mittelpunkt zu stellen. Der Garant für die Sicherheit, die Polizei, soll also von der Landesregierung gut ausgestattet, gut bezahlt und immer dann geschützt werden, wenn Angriffe auf die Polizei geschehen. „Ich danke allen, die diesen Weg wählen. Die Hessische Landesregierung steht an der Seite der Polizei. Sie tut das mit politischem Rückhalt, Anerkennung und der Überzeugung, dass Respekt gegenüber unseren Einsatzkräften keine Option, sondern eine Selbstverständlichkeit ist.“ Innenminister Prof. Dr. Poseck stellte das Grundgesetz und die Hessische Landesverfassung ins Zentrum seiner Ansprache und nahm dann auch die Vereidigung und den Amtseid ab. „Freiheit, Men-



Vereidigung beim Hessestag in Bad Vilbel

schenrechte und Rechtsstaatlichkeit – auf diese Werte schwören unsere Polizistinnen und Polizisten ein, wenn sie auf das Fundament unseres Landes und die Grundlage ihres eigenen Handelns vereidigt werden. Mit dem heutigen Diensteid beginnt für Sie nicht nur ein neuer Lebensabschnitt, sondern auch die Übernahme einer tragenden Rolle in unserem Rechtsstaat. Polizistinnen und Polizisten sind für den Erhalt der öffentlichen Ordnung und für das Vertrauen der Bevölkerung in unserem Land von enormer Bedeutung.“ Die Spitzenpolitiker der Hessischen Landesregierung waren sich also einig, dass die Polizei nicht nur ein hohes Maß an Vertrauen in der Bevölkerung genießt, sondern auch tragende Säule unseres Rechtsstaates ist. Anwe-

sende, langjährige Polizeibeamtinnen und -beamte resümierten später die Ansprachen. Es klingt schon befremdlich, wie ein Berufsstand in der Draufsicht von Ministerpräsidenten und dem Innenminister bewertet wird und wie die „Lebenswirklichkeit“ in den Dienststellen des Landes ist. Besoldungsverschiebung? Ausgeblendet! Personaldefizit? Ausgeblendet! Aber an dieser Stelle einen Punkt: willkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen und haltet durch! Ihr werdet alle in zwei Jahren gebraucht! Im Anschluss gab es im Polizeibistro einen Austausch bei guten Gesprächen. Schön anzusehen, wie Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei einen großartigen Job machen, um unser Image auch weiterhin innerhalb der Bevölkerung hochzuhalten.



Haushalt 2026 wirft seinen Schatten voraus

Die Polizeibeamten sind verunsichert. Milliarden müssen für den zu erstellenden Haushalt 2026 eingespart werden. Täglich neue Hiobsbotschaften? Gerüchte machen die Runde. Aus den unterschiedlichsten Bereichen, in denen Landesbeamte Dienst versehen, wird immer wieder kolportiert: Die bereits um vier Monate verschobene Beamtenbesoldung soll zugunsten von Einsparungen erneut verschoben werden! Grund genug für den DGB und seine Einzelgewerkschaften, der Sache auf den Grund zu gehen. Ein Schreiben an Ministerpräsident Rhein soll Klarheit bringen. Leider haben wir zu Beginn der Sommerferien noch keine Antwort aus der Staatskanzlei. Klinken putzen im Landtag ist das Gebot der Stunde. In vielen Gesprächsrunden mit Abgeordneten der Landesregierung beherrschen drei Themen die Tagesordnung: Landeshaushalt 2026 und Einsparungen, Tarifverhandlungen und die Folgen im TV-H 2026, verfassungswidrige Beamtenbesoldung in Hessen. Fest steht, dass der Polizeibereich personell zwar geschützt bleiben soll, indes aber Einsparungen monetärer Art



Präsident Neutzler ist stolz auf die BFE



v. l.: Jens Mohrherr, Robert Schäfer, Daniel Klimpke

nicht an uns vorbeigehen werden. Hektische Betriebsamkeit bei den Polizeihaushältern ist zu Beginn der Sommerferien im Gange. Wir dürfen gespannt sein, wo der Rotstift ange setzt wird. Die TVÖD-Verhandlungen in Potsdam haben zwar einen Abschluss gebracht. Aber: Die sich anschließenden Redaktionsgespräche brachten noch keine zählbaren Ergebnisse! Nach zähen und schwierigen Tarifverhandlungen warten also die Beschäftigten von Bund und Kommunen auf die hart errungenen Entgelterhöhungen. Prognostisch wird erwartet, dass nicht vor September mit den Auszahlungen der erhöhten Tabellenentgelte zu rechnen ist. Von einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung der prozentualen Tarifierhöhung auf die Beamten einmal ganz abgesehen. Wenn dieses Gebaren sich auch durch die TV-L-Verhandlungen im Dezember zieht, werden die TV-H-Verhandlungen im nächsten Jahr nicht besser! Wir meinen: Das geht gar nicht!

Neuer Landespolizeipräsident ernannt

Es ist Bewegung in die Spitze der hessischen Polizeipräsidiolen gekommen. Nachdem Robert Schäfer Ende Mai in den Ruhestand verabschiedet wurde, kam Felix Paschek als kommissarischer LPVP ins Ministerium. Die Ernennung zum LPP dauerte mehrere Wochen. Gut, dass nun endlich Klarheit geschaffen wurde. Denn in der Folge kam es im PP Westhessen zum „Stühlerü-

cken“! Die bisherige Vizepräsidentin Dr. Susanne Stewen wurde zur neuen LPVPin zum 1. Juli ernannt. Björn Gutzeit, bisheriger PP in Südhessen, wurde mit sofortiger Wirkung zeitgleich zum neuen Polizeipräsidenten ernannt. Wer seine Vakanz im PP SH schließt, ist derzeit nicht bekannt. Zum Abschied von Robert Schäfer, der fast 51 Jahre Dienst leistete, wurde der Generationenwechsel in der Präsidentenriege sichtbar. Für seine 50-jährige Mitgliedschaft erhielt Robert Schäfer aus den Händen von Daniel Klimpke und Jens Mohrherr am selben Tag seine Ehrenurkunde. Wir wünschen Robert Schäfer einen gesunden Ruhestand. Dem neuen LPP und seiner Vertreterin sowie dem neuen Inspekteur der Polizei, Thomas Schmidl, stehen wir als größte Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte vertrauensvoll zur Seite. Gerade in Zeiten der polizeilichen Umorganisationen ist es wichtig, durch gegenseitige Verlässlichkeit zum Wohle der Beschäftigten zu agieren.

BFE feiert: Glückwunsch zum 40. Geburtstag

Im hochsommerlichen Lich feierten am 2. Juli viele Kolleginnen und Kollegen einen runden Geburtstag. Die Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten wurden 40 Jahre alt. Zwei Jahre vor den schrecklichen Startbahnmorden wurden die ersten BFE-Züge in der damaligen Bereitschaftspolizei aufgestellt. Damals federführend mit dabei waren Robert Schäfer und Malte Neutzler, Letzterer ist ja amtierender Präsident des HPE. In den vier Jahrzehnten ihres Bestehens hat die BFE mithin nicht nur vier Einheiten im HPE. Im PP Frankfurt wurden ebenfalls zwei Einheiten aufgestellt. Die taktischen Konzepte wurden über die Jahre immer wieder den Lagen angepasst und optimiert. Noch heute zählt die Spezialgrundausbildung (SGA) zu den großen Herausforderungen, die zu absolvieren sind, bevor man zur BFE kommt. Die hohe Einsatzqualität der BFEen lässt sich auch daran festmachen, dass unsere Einheiten bundesweites Ansehen haben. Vielen ehemaligen BFElern gelang zudem der Sprung in die hessischen Spezialeinheiten.

**Allen eine schöne Sommerzeit!
Jens Mohrherr, Landesvorsitzender**



Wenig Konsens bei Dienstunfallfürsorge

Als gleichberechtigtes Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der GdP gehört es auch zu meinen Aufgaben, Anträge, die beim Landesdelegiertentag gestellt wurden, zu bearbeiten.

ist auch eine Durchsetzung von Schmerzensgeldforderungen schwierig, selbst wenn der Beschuldigte in einem Strafverfahren rechtskräftig wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt wurde.

schneller Gang zum Arzt sinnvoll und ziel führend sei. Auch bei der Anerkennung von Dienstunfällen im Zusammenhang mit Corona seien die Kolleginnen und Kollegen in der Beweispflicht. Eine Anerkennung von Infektionskrankheiten als Dienstunfall sei nahezu ausgeschlossen, man habe allerdings per Erlass verfügt, dass bei besonderen Einsatzrisiken Nachweiserleichterungen in Betracht gezogen werden könnten. Nur so hätten in Einzelfällen überhaupt Corona-Virus-Infektionen als Dienstunfälle anerkannt werden können.

Zu den Kosten für die Heilbehandlungen wurde lediglich erläutert, dass sie für den Zeitraum, in dem sie medizinisch notwendig seien, natürlich gezahlt würden.

Man ist in diesem Schreiben weder auf die Schwierigkeit der Durchsetzung des Schmerzensgeldes noch auf eine fehlende Möglichkeit des Widerspruchs eingegangen.

Das Fazit lautete, dass man als Dienstherr im Rahmen seiner Fürsorgepflicht selbstverständlich einstehe.

Mein Fazit ist allerdings ein anderes. Die Landesregierung klopfte sich auf die Schulter, wie toll und fürsorglich sie ist.

Meine Erfahrung, gerade als Rechtsschutzbeauftragte der Bezirksgruppe, ist eine ganz andere.

Wir gewähren häufig Rechtsschutz, damit die Kolleginnen und Kollegen gegen die Ablehnung eines Dienstunfalls klagen können. Auch die Ablehnungen bzgl. der Angriffsentschädigung häufen sich. Auch hier müssen die Kolleginnen und Kollegen direkt den Klageweg bestreiten.

Doch nicht alle haben die Kraft, diesen Weg zu gehen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen setzen tagtäglich ihre Gesundheit und auch ihr Leben für die Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel, in dem Glauben, dass sie für alle Fälle abgesichert sind, sich auf ihren Dienstherrn verlassen können und eine adäquate Unterstützung erhalten.

Ihre herausragende Tätigkeit sollte dementsprechend auch mit einer Dienstunfallfürsorge, auf die man vertrauen kann, gewürdigt werden.

Ich sehe hier noch Handlungsbedarf und wir werden dies als GdP auch immer wieder ins Gespräch bringen und die Missstände benennen. **Nina Bachelier**



Foto: Thorben Wergert / pixello.de

Bei gleich mehreren Anträgen ging es um die Dienstunfallfürsorge und deren mangelhafte Abarbeitung. Konkret ging es zum einen um die Anerkennung von COVID-19 als Dienstunfall, zum anderen um die allgemeine Verbesserung der Fürsorgepflicht bei Dienstunfällen.

Es ist schwierig herauszufinden, wie viele Dienstunfälle tatsächlich abgelehnt werden oder bei welchen es zu Problemen kommt. Auch kann man keine pauschale Aussage darüber treffen, wie viele Dienstunfälle im Zusammenhang mit Corona abgelehnt oder anerkannt wurden. Aus diesem Grund habe ich zunächst mit vielen Betroffenen gesprochen sowie viele Argumente und Fakten gesammelt.

Anschließend habe ich, in Absprache mit unserem Landesvorsitzenden Jens Mohrherr einen Brief an unseren Innenminister, Herrn Prof. Dr. Poseck, geschrieben.

In diesem habe ich einige Beispiele und Probleme genannt, unter anderem auch die Ablehnung von Dienstunfällen bei COVID-19-Erkrankungen oder die Ablehnung aufgrund fehlender Kausalität.

Ich habe auch die Problematik der Schmerzensgeldforderung aufgeworfen, denn wenn ein Dienstunfall abgelehnt wird,

Auch werden, trotz ärztlichen Rats, nicht immer alle Kosten für die benötigten Heilbehandlungen übernommen.

Zu guter Letzt habe ich bemängelt, dass bei einer Ablehnung eines Dienstunfalls kein Widerspruch eingelegt werden kann, sondern sofort, d. h. innerhalb von vier Wochen, der Klageweg bestritten werden muss.

Ich habe nach ca. sechs Wochen eine ausführliche Antwort aus dem Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz erhalten.

Zunächst hat man mir versichert, dass die Landesregierung die hervorragende Arbeit ihrer Polizei-beamtinnen und Polizei-beamten wertschätze und ihnen den größten Respekt zolle.

Danach ist man auf die Höhe der Unfallentschädigung bei qualifizierten Dienstunfällen sowie die Zahlung der Angriffsentschädigung eingegangen, welche man als einziges Bundesland zahle.

Des Weiteren gebe es keine Ermessensspielräume bei den Entscheidungen, sobald ein ursächlicher Zusammenhang bestehe, werde der Dienstunfall anerkannt. Dies müsse allerdings durch die Beamtin oder den Beamten bewiesen werden, sodass ein



Nach dem „HUxit“ am 1.1.2026 umfasst der Main-Kinzig-Kreis insgesamt 28 Städte und Gemeinden, davon 11 Städte und 17 Gemeinden.

Neue Polizeistruktur für Hanau und Main-Kinzig-Kreis

Hanau wird kreisfrei

Die Bemühungen der Stadt Hanau waren erfolgreich. Die erreichte **Auskreisung von Hanau** bedeutet, dass die Stadt Hanau ab dem 1. Januar 2026 **nicht mehr Teil des Main-Kinzig-Kreises** ist, sondern den **Status einer kreisfreien Stadt** erhält. Das hat mehrere organisatorische Auswirkungen auf den **Main-Kinzig-Kreis**, u. a. wurde eine Anpassung der Polizeistruktur als notwendig erachtet. Natürlich gab es schon seit Gründung des Polizeipräsidiums Südosthessen immer wieder Pläne für Umgestaltungen, wie sie in Stadt und Landkreis Offenbach bereits vollzogen wurden: Zusammenschluss von personell nicht mehr lebensfähigen DEGen zu REGen, Zusammenschlüsse von Revieren (zunächst Anfang der 2000er Jahre die Schließung des 3. Polizeireviers Offenbach, dann bei der lange überfälligen Eröffnung des neuen Polizeipräsidiums 2020 die Zusammenschließung des 1. und 2. Polizeireviers). Lange vor der Auskreisung wurden immer wieder die Schließung der Polizeiposten im Altkreis Hanau und die Zukunft der Polizeistation Großauheim diskutiert, die politisch jedoch nicht gewollt waren, speziell nicht vor Wahlen. Eine Zusammenlegung gab es bereits bei der medienwirksamen Eröffnung des Hauses des Jugendrechts Hanau, bei der zeitgleich die DEGen Maintal, Großauheim und Hanau I und II zur REG Hanau zusammengelegt wurden.

Aus der offiziellen Pressemitteilung ergeben sich folgende Eckpunkte:



Zur offiziellen Pressemitteilung

Neues Polizeirevier Hanau

- Standort: Am Freiheitsplatz 4, ehemals Polizeistation Hanau I
- Zuständig für
 - ganz Hanau inklusive Lamboy, Großauheim, Kleinauheim, Steinheim Wolfgang.
 - Gemeinde Großkrotzenburg
- Streifen: 7 (bisher 5)
- Schutzleute vor Ort (SvO)
 - bisher 2, neu 4
 - 1 zusätzlich für Kesselstadt
 - 1 zusätzlich für Großauheim und Großkrotzenburg

Örtlicher Tausch von Polizeistationen

- Polizeistation Hanau II wird zur Polizeistation Langenselbold
- Polizeiautobahnstation Langenselbold zieht nach Hanau II (neue PAST Südosthessen)

Neue Polizeistation Langenselbold

- Ort: Autobahnmeisterei 10, Langenselbold
- betreut ehemaliges Gebiet Hanau II ohne Stadtteil Lamboy
- Streifenwagen: 2 rund um die Uhr
- schließt geografische Lücke zwischen Maintal und Gelnhausen
- Auflösung der Polizeiposten
 - Bruchköbel
 - Erlensee
- ersetzt durch mobile SvO mit festen Sprechzeiten in Rathäusern

Personelle Verbesserungen im Main-Kinzig-Kreis

- Polizeistation Gelnhausen
 - Plus an Personal
 - 3 Streifen rund um die Uhr

- Polizeistation Schlüchtern
 - Plus an Personal
 - 2 Streifen rund um die Uhr
 - 1 SvO
- Polizeistation Bad Orb
 - 1 SvO neu eingerichtet

Ziele der Reform

- Mehr Sichtbarkeit und Nähe der Polizei
- Stärkung des Sicherheitsgefühls
- Bessere regionale Abdeckung
- Moderne Polizeistrukturen

Fazit

Aus GdP-Sicht ist das zusätzliche Personal selbstverständlich begrüßenswert. Seit Gründung des PP SOH haben wir für ein Mehr an Personal immer wieder lautstark gestritten, egal ob es nun in den Personalversammlungen des PP SOH oder auch in der Presse war: dass wir zu wenig Personal hatten (ebenso wie die sich nun immer mehr durchsetzende 5. Dienstgruppe, die überall in Hessen die Regel war, nur eben nicht im PP SOH), war absolut offensichtlich und nun wurde endlich gehandelt. Lange überfällig, aber das Ergebnis zählt.

Einige Beispiele für den Einsatz der GdP SOH für mehr Personal:



2009



2016



2016a



2016b



Hanau war tatsächlich schon einmal kreisfreie Stadt.
Von 1886 bis zur Gebietsreform am 1. Juli 1974.
Danach wurde sie in den Main-Kinzig-Kreis eingegliedert.



2018

2019

Ja, das Potenzial zur Verbesserung ist klar da – wenn die Umsetzung konsequent erfolgt und die versprochene Personalstärke auch wirklich erreicht wird. Besonders positiv sind:

- mehr Streifenwagen in Hanau
- stärkere Präsenz in ländlichen Teilen des Main-Kinzig-Kreises
- bessere Struktur und klare Zuständigkeiten

Es bleibt aber wichtig, dass diese Maßnahmen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch im Alltag spürbar werden – z. B. durch schnellere Einsätze, sichtbare Streifen und erreichbare Ansprechpersonen. Die Einführung zusätzlicher SvO-Stellen, insbesondere in Kesselstadt, Großauheim und Großkrotzenburg, entspricht der GdP-Forderung nach mehr bürgernaher Polizeiarbeit.

Noch offene Punkte aus Sicht der GdP

1. Nachhaltige Personalplanung

- Trotz der aktuellen Aufstockungen betont die GdP die Notwendigkeit einer langfristigen Personalstrategie, um zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Wie schon in der Stadt Offenbach trägt nun auch in Hanau das vergrößerte Dienstgebiet zu einem deutlichen Mehr an Verantwortung für die einzelnen DGLs bei – bei gleicher Besoldung. Auch sind nun natürlich weniger Führungsstellen (DGL/VDGL A 12/A 11) im Stadtgebiet Hanau vorhanden. Wohin gehen die Stellen langfristig?

2. Arbeitsbedingungen und Wertschätzung

- Eine hessenweit beachtete Umfrage unter Polizeibeschäftigten im Polizeipräsidium Südosthessen im Jahre 2023 zeigte Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und mangelnder Rückendeckung durch Vorgesetzte. Hat sich die Situation seitdem verbessert und

wie wirken sich die jetzigen Umstrukturierungen nun auf die Zufriedenheit aus?

3. Mehr Präsenz ≠ automatisch mehr Sicherheit

- Sichtbare Polizei hilft oft beim Sicherheitsgefühl – aber echte Kriminalitätsbekämpfung braucht auch Ermittlungen bei Ermittlungsgruppen und Kommissariaten, Prävention und vielen anderen Organisationseinheiten. Auch in diesen Bereichen wird personelle Aufstockung nach wie vor dringend gebraucht.

4. Verlagerung statt kompletter Aufstockung

- Ein Teil der Umstrukturierung ist eher „Umschichtung“ – nicht alles ist zusätzliches Personal.

5. Erreichbarkeit in kleineren Orten

- Ob mobile SvO mit festen Zeiten wirklich ein gleichwertiger Ersatz für ganze Polizeiposten sind, hängt stark von der Umsetzung ab.

6. Personelle Ausstattung im Streifendienst

- Man wird genau hinschauen müssen, ob die aktuellen Stärken ausreichend sind, z. B. bei der Pst. Bad Orb und der Pst. Langenselbold. Während alle Dienststellen im Main-Kinzig-Kreis eine längst überfällige personelle Verstärkung bekommen haben, wurde bei der Pst. Langenselbold reduziert. Das Dienstgebiet umfasst auch nach der Abgabe des Hanauer Stadtteils Lamboy einen großen Bevölkerungsanteil, und mit dem nun auf zwei Streifen reduzierten Personalkörper müssen lange Fahrtstrecken bewältigt werden. Dies führt dazu, dass in den ersten Wochen nach der Umstrukturierung ca. 40 % der Aufträge durch andere Dienststellen erledigt werden müssen, was sicher nicht im Sinne des Finders ist. Gerade hier wird man evaluieren müssen, ob das verminderte Personal nicht aufgestockt werden muss bzw. ob Zuständigkeitsgebiete angepasst werden müssen.

Insgesamt zeigen die aktuellen Struktur-reformen in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis, dass viele Forderungen der GdP ernst genommen und teilweise umgesetzt wurden. Leider hat erst der Anschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau dazu geführt, dass genauer auf den Main-Kinzig-Kreis und speziell die personelle Ausstattung geschaut wurde, obwohl das Defizit bereits bei der Grün-

dung des PP SOH ersichtlich war und wir als GdP immer wieder darauf hingewiesen haben. Nun bleibt die vollständige Erfüllung aller Forderungen ein fortlaufender Prozess, der weiterhin Aufmerksamkeit und Engagement vonseiten der Politik und der Polizeiführung erfordert. Es gibt noch viel zu optimieren.

Hinweis: Die im Polizeireport OH/SOH erschienene Version dieses Artikels wurde wenige Tage nach der Pressekonferenz zur Umstrukturierung geschrieben, lange bevor das erste Personal gewechselt hat. Daher wurde der Artikel um bislang nach der Umsetzung aufgetretene Probleme wie die personelle Ausstattung der Pst. Langenselbold nach der Einweihung ergänzt. Wir als GdP SOH werden den Prozess nach einer Zeit des Realbetriebs kritisch hinterfragen und sehen, ob die Planungen zur Umstrukturierung mit der Realität übereinstimmen.

Markus Hüschent, Vorsitzender GdP-Bezirksgruppe Südosthessen

Quellen

<https://www.polizei.hessen.de/icc/ppsoh/sub/3de/broker.jsp?uTem=bff71055-bb1d-50f1-2860-72700266cb59&uCon=3de20445-8382-8591-881d-3c260a2901b4>

<https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/personalkarussell-dreht-sich-weiter-11649026.html>

<https://www.op-online.de/offenbach/offenbach-gewerkschaft-polizei-kritisiert-arbeitsbedingungen-6370790.html>

<https://www.fuldainfo.de/mkk-kreisspitze-im-gespraech-mit-delegation-der-polizeigewerkschaft/>

<https://osthessen-news.de/n11529967/mehr-aufgaben-und-%C3%BCberstunden-gewerkschaft-der-polizei-braucht-verst%C3%A4rkung.html>

<https://www.op-online.de/offenbach/polizei-suedosthessen-entlastung-ueberarbeitete-kollegen-9901050.html>

<https://www.spd-mkk.de/2016/11/10/da-hat-auch-keiner-mal-den-mumm-zu-sagen-wir-muessen-etwas-%C2%91runterfahren-und-an-die-gesundheit-der-beamtinnen-und-beamten-denken%C2%93/>



Seminar „Erste Hilfe für Polizeibeamt:innen am Unfallort“

Am 3. Juni 2025 war es so weit. Die GdP Hessen hat ein neues Seminarformat aufgelegt und den Startschuss dafür gegeben. Zusammen mit dem Team der taktischen Medizin Hessen und dem Deutschen Motor Sport Bund konnten wir ein Programm erarbeiten und auflegen, das umfassend auf das Thema eingeht und behandelt.

Erste Hilfe für Polizeibeamt:innen am Unfallort

Ein wichtiges Thema, kommen wir doch öfter zuerst am Unfallort an und dann gilt es, Erste Hilfe zu leisten. Doch vor allem, wenn wir selbst in einen Unfall verwickelt sind, gibt es viele Dinge zu beachten. Wie rette ich eine Kollegin oder einen Kollegen aus dem Fahrzeug, was ändert sich bei der Rettung, Stichwort Tragen der Schutzweste und Füh-

rungs- und Einsatzmittel. Genau dort setzt das Seminar an. Neben der allgemeinen Auffrischung der Ersten Hilfe ging es um die Schutzweste, die Bergung aus dem Fahrzeug und das Anlegen unseres Erste-Hilfe-Materials (Tourniquet, Israeli Bandage usw.)

Die Referentinnen und Referenten verstanden es, die Inhalte kurzweilig und auf den Punkt an die Teilnehmer zu vermitteln. Obwohl diese aus den unterschiedlichsten Einheiten innerhalb des Polizeibereiches kamen, war für jeden was Neues dabei. Ne-

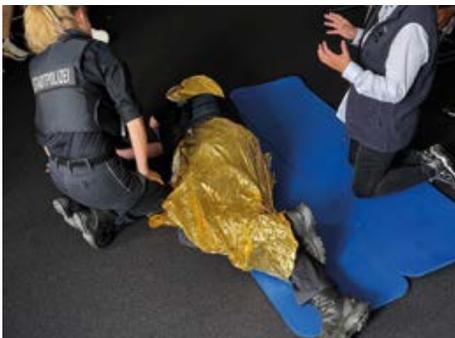
ben den theoretischen Inhalten wurde alles auch praktisch geübt und angeleitet durchgesprochen. Die Teilnehmer waren begeistert und das spiegelten sie auch im Feedback. Ein herzlicher Dank sei hier noch mal an unsere Referenten der taktischen Medizin und den Deutschen Motor Sport Bund gerichtet, die uns bei dem Seminar tatkräftig unterstützten und dies erst möglich gemacht haben.

Aufgrund der positiven Rückmeldung entschied sich die GdP Hessen, dieses Seminar in diesem Jahr noch mal anzubieten. Daher wurde ein Termin vereinbart und gefunden. Am Montag, 6. Oktober 2025, wird das Seminar nochmals in Frankfurt am Main angeboten. Schnell sein lohnt sich, ein tolles Seminar mit wenigen Plätzen wartet auf dich.

Gehe einfach auf die Seite www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/seminare-bildung und melde dich an.

Für Mitglieder ist das Seminar kostenfrei.

Jochen Zeng





Einsatzbetreuung beim Hessentag in Bad Vilbel

Dieses Jahr wurde der Hessentag von der Stadt Bad Vilbel ausgerichtet. Da ein Hessentag immer eine große Anzahl an Einsätzen und Polizeikräften mit sich bringt, haben wir als Bezirksgruppe Mittelhessen überlegt, wie wir unseren Einsatzkräften eine Freude machen und die langen Dienste etwas versüßen könnten.



Die Zeit konnten wir für nette Gespräche mit den Einsatzkräften nutzen.

Wir hatten viel Spaß und haben auch viel Dank für diese Aktion erhalten. Es freut uns, wenn wir allen eingesetzten Kräften eine Freude machen konnten!

Unser Dank gilt ganz besonders der Abteilung Zentrale Dienste, die es uns ermöglicht hat, diese Aktion überhaupt durchzuführen.

Diese Zusammenarbeit hat uns vieles erleichtert und macht eine solche Aktion einfacher und entspannter!

Wir freuen uns auf das nächste Mal und werden uns auch da wieder überlegen, wie wir unseren Kolleginnen und Kollegen den Einsatz etwas erleichtern können!

Nina Bachelier

Um es in den Pausen etwas gemütlicher zu machen, haben wir unsere GdP-Liegestühle zur Verfügung gestellt, welche auch regelmäßig zum Entspannen genutzt wurden.

Des Weiteren haben wir täglich Süßigkeiten zur Verfügung gestellt, die man sich ebenfalls am Versorgungsstützpunkt nehmen konnte.

An Fronleichnam, am 19. Juni 2025, standen wir als GdP-Bezirksgruppe Mittelhessen in der Turnhalle, in der sich die Einsatzkräfte versorgen konnten, und haben Waffeln für alle gebacken.

Wir hatten ca. 50 Kilo Teig vorbereitet und auch (fast) alles gebacken. Trotz fünf Waffelbackplatten kam es immer wieder zu Wartezeiten, da diese gut ankamen und beliebt waren.



Frauenpower der Bezirksgruppe Mittelhessen v.l.n.r.: Tanja Hebstreit, Nina Bachelier, Kerstin Wöhe



Anzeige



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig

Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main

Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10

E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden